

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
41 (1927)**

11 (14.1.1927)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-544102](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-544102)

Republik

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat 2.00 Reichsmark frei Haus, für Wähler von der Opposition (Peterstraße 76) 1.70 Reichsmark, durch die Post bezogen für den Monat 2.00 Reichsmark.

Anzeigen: mm-Zeile od. deren Raum für 10 Tage, 10 Pf., Familienanzeigen 8 Pf., für Einzelne, auswärts. Onkurrenten 20 Pf., Restanten mm-Zeile lokal 50 Pf., auswärts 70 Pf. Plakate nach Tarif. Plagiaten werden nicht angenommen. Adressen: in Oldenburg: Adressen: altes 32, Fernsprecher Nr. 1793

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58
Wilhelmshaven-Rüstringen, Freitag, 14. Januar 1927 * Nr. 11
Redaktion: Peterstraße Nr. 76, Fernsprecher Nr. 58

Balgenfrist für Dr. Curtius?

Oder prinzipielle Schwenkung des Zentrums? - Der heutige Nachmittag soll entscheiden.

Mittlich wird folgende Mitteilung ausgegeben: Gestern nachmittag fanden die angeordneten Besprechungen zwischen den Beauftragten der Zentrumsfraktion des Reichstages, des Abgeordneten v. Guérard und Stegerwald, und Dr. Curtius und Reichsanwaltminister Dr. Stresemann in Reichswirtschaftsministerium statt. Die Vertreter der Zentrumsfraktion trugen die schweren innen- und außenpolitischen Bedenken vor, die die Zentrumsfraktion gegen die Bildung der von Dr. Curtius in Aussicht genommenen Regierung habe.

es sei nicht nur keine Verpflichtung eingegangen worden, vielmehr sei die Frage während der Verhandlungen in Genuß nicht einmal gestellt worden. Auf eine zweite Anfrage des Abgeordneten über die Beschleunigung des mit den verschiedenen Regierungen und der Vorkontrollkommission, der Interalliierten Kontrollkommission, des französischen Obersten Kriegesrates und des Interalliierten Militärkomitees in Versailles zu dieser Frage antwortete er, die nahe bevorstehende parlamentarische Debatte werde dem Außenminister Gelegenheit geben, alle wünschenswerten Ausführungen zu erteilen. Auf eine dritte Anfrage über die Beschleunigung des mit den verschiedenen Regierungen und der Vorkontrollkommission während der letzten Vorkontrolltagung ergingenen Meinungsaustrausches, der sich auf die Aufhebung der Militärkontrolle in Deutschland bezog, antwortete er, ein Gelddruck hierüber zu veröffentlichen komme nicht in Frage, da ja die Verhandlungen über die Entlassung Deutschlands noch nicht beendet seien.



Abgeordneter Lange-Hege mann (Zentrum), einer der Hauptangelegten im Wampat-Prozess.

Abgelehnter Schiedspruch.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat den Schiedspruch für den rectorischen Bezirk der Wappeler Textildruckerei, der neben der Festlegung der Arbeitsverhältnisse eine Lohnerhöhung von 5 Prozent vorsah, abgelehnt.

Das Redeverbot gegen Hitler.

Der Reichsausschuß des Reichstages beschloß heute mit dem Antrag von Grafen v. Helldorf, der Aufhebung des Redeverbotes gegen Adolf Hitler verlangt. Abg. Dr. Rosenfeld (S.) beantragt die Reichsregierung zu ersuchen, bei den beteiligten Landesregierungen darauf hinzuwirken, daß vorübergehende, der gesetzlichen Begründung entsprechende Rede- und Versammlungsverbote nicht erlassen werden. Dieser Antrag wurde mit 16 gegen 10 Stimmen angenommen, der Antrag von Grafen v. Helldorf mit allen Stimmen gegen die Rechte abgelehnt.

Der Vormarsch der Grippe.

Wie das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin mitteilt, befinden sich in den Berliner Krankenhäusern zurzeit 899 Grippefranke. Da die Zahl der Grippeerkrankungen in Berlin gestiegen ist, hat das Gesundheitsamt außer den bisher bekannten Vorsichtsmaßnahmen jetzt verfügt, daß in allen Pflegeanstalten der den Kerkern, Schwelmen oder dem Pflegepersonal erteilte Urlaub bis auf weiteres gesperrt wird. - Die Zahl der an Grippe Erkrankten in Prag beträgt schätzungsweise 5000. Todesfälle sind bisher nicht gemeldet worden. - „Associated Press“ meldet aus Tokio: In den letzten zehn Tagen seien in Tokio 690 Personen, meistens Kinder, an Grippe gestorben.

Große Koalition im Freistaat Lippe.

Aus Detmold wird gemeldet: Nachdem die Lippsche Volkspartei sich zum Eintritt in die Regierungskoalition bereit erklärt hat, können die Verhandlungen über Schaffung einer großen Koalition als abgeschlossen gelten. Das Landesministerium besteht jetzt aus Vertretern der Sozialdemokraten, Demokraten, Wirtschaftspartei und der Volkspartei.

Beginn des Landtages.

Die erste Sitzung des oberländischen Landtages ist heute Dienstag, 18. Januar, vormittags, einberufen worden. Die Tagesordnung enthält die Wahl des Präsidiums und die Bildung der Ausschüsse. Die Vorkonferenzen aller drei Landesstellen sollen dem Landtag gleich gehen. Wenn nicht unvorhergesehene dringende Fälle eintreten, wird der Landtag nur eine öffentliche Sitzung abhalten und die Vorlagen dann in den Ausschüssen beraten.

Nur bei weiser Abbau der Gewerbesteuer.

Der von der oldenburgischen Regierung geplante Abbau der Gewerbesteuer soll sich nur auf die Landesstellen Birkenfeld und Lübbel beziehen. Dort verzichtet die Regierung ganz auf die staatliche Gewerbesteuer, so daß auch keine Gemeindeumlagen erhoben werden können. Im Landesteil Oldenburg ist die finanzielle Lage so nicht geteilt, viele Steuerzahler in diesem Jahre sollen zu zahlen. - Gegen die bei der Vermögenssteuer auch für den Landesteil Oldenburg eine Umgestaltung vorgehoben beratt, daß das jetzige für die Städte ungünstige Verhältnis geändert wird.

Wohin steuert Amerika?

Die Entwicklung der Verhältnisse in Nicaragua und die Stellungnahme der Washingtoner Regierung gegen Mexiko nehmen langsam durch die Haltung Americas Formen an, die zu einem allgemeinen Protest herausfordern. Der angehende Präsident von Nicaragua, Diaz, hat trotz der indirekten amerikanischen Waffenhilfe eine Niederlage nach der anderen erlitten. Er wäre schon längst erledigt, wenn nicht das amerikanische Expeditionskorps des Admirals Cotimer ihm auf eine eigenartige Weise zu Hilfe käme. Jedesmal, wenn sein Gegner Sacaca räumliche Erfolge errang, entdeckten die Amerikaner, daß gerade in diesen Gebieten ein amerikanischer Staatsangehöriger lebt, der „geschützt werden muß“. Man schafft dann eben eine „neutrale Zone“, die die Truppen nicht betreten dürfen. Gleichzeitig wendet sich die Washingtoner Regierung immer schärfer gegen Mexiko, und fördert gegen die Regierung Calles eine publizistische Bewegung katholischer Fanatiker, die von dem amerikanischen Territorium ausgeht. Die Antwort von Coolidge und von Staatssekretär Kellogg auf die Proteste der Senatsopposition um Vorab und auf die freundschaftlichen Mahnungen aller lateinamerikanischen Staaten besteht also in verstärktem Druck auf Mexiko und in gesteigerter Einmischung in Nicaragua. Das geht so weit, daß Senator Huddleston nach der Sonderbotschaft Coolidges an das Parlament erklären konnte, Coolidge wolle den Krieg mit Mexiko erzwingen.

Diesem Eindruck haben wir schon jetzt geraumer Zeit. Ein Rückblick auf die letzten 30 Jahre der Washingtoner Expansionspolitik in Zentral-Amerika und Westindien bietet viel viel Belegfälle zu seinem jetzigen Vorgehen, daß ein Zweifel an den wahren Zielen Coolidges unmöglich ist: Unter einem nächsten Vorwand, der sich übrigens später als völlig erlogen erwies, hat Amerika im Jahre 1898 Spanien den Krieg erklärt, um ihm die Inseln Kuba und Puerto Rico zu rauben. Puerto Rico behielt es für sich, bei Kuba, dessen „Unabhängigkeit“ es proklamierte, begnügte es sich mit einer finanzwirtschaftlichen Vormundschaft. In der Folge begnügte sich Washington den anderen unabhängigen Staaten und Inseln gegenüber mit der Anzettelung von „Revolutionen“, die ihm dann den Vorwand zu Expeditionen „zum Schutze seiner Staatsangehörigen“ lieferten. Es erkannte dann die von ihm unterstützten Putschisten als legale Regierung an, sicherte sich von ihnen wirtschaftliche Vorteile und brachte sie in seine finanzielle Abhängigkeit: so in Haiti, San Domingo und Panama. Ähnlich sollte es diesmal mit Nicaragua geschehen, doch hat die zunächst durch den Schilling Washingtons, Diaz, vertriebene Regierung Sacaca ihre Revanche genommen und droht damit alle politischen und wirtschaftlichen Pläne des amerikanischen Imperialismus über den Haufen zu werfen. Nicht nur in Nicaragua selbst, sondern auch in Mexiko. Daher die Hartnäckigkeit und der Jähzorn, mit dem Washington gegen Sacaca und Calles vorgeht.

Die europäischen Regierungen sind leider aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen fast und besonders sehr von dem Wohlwollen Americas abhängig, als daß man von ihnen erwarten darf, daß sie sich der bedrohlichen kleinen lateinamerikanischen Republiken gegen die mächtigen Vereinigten Staaten annehmen. Nicaragua ist zwar Mitglied des Völkerbundes, aber es hat sich unter Diaz, d. h. unter Washingtons Einfluß aus ihm zurückgezogen; wenn die Regierung Sacaca sich an Genf wenden würde, so gäbe es zweifellos zunächst langwierige Preliminardebatten darüber, ob sie rechtmäßig anerkannt und daher beauftragt sei, den Schutz des Völkerbundes anzusuchen. Immerhin, wenn irgendein anderes Mitglied des Bundes den Mut aufbringen würde, den Völkerbund offiziell auf diese Kriegsgefahr hinzuweisen, so könnte das für die Washingtoner Regierung sehr peinlich sein. Den Beitritt zum Saager Schiedsgerichtshof hat Washington bekanntlich von Vorbehalten abhängig gemacht, deren tieferer Sinn in seinem ganzen Jähzorn erst jetzt deutlich wird. Es wollte das Schiedsgerichtsverfahren nur anerkennen, wenn es keine Anwendung auf amerikanische Angelegenheiten finden würde. Jetzt weiß man auch warum!

Das neueste Schlagwort des offiziellen America ist, daß Calles und Sacaca „Verkeuse des Volksweltismus“ seien. Mit solchen faulen Redensarten vermag zwar Coolidge auf die politisch völlig ignorante Masse des amerikanischen Volkes einigen Eindruck zu machen; wir aber wissen, daß von Volksweltismus auf mexikanischer Seite nicht die Rede sein kann, sondern nur von Imperialismus auf amerikanischer Seite. Gerade deshalb werden wir Sozialisten Europas nicht aufhören, das teils jüdische, teils heuchlerische Spiel der gegenwärtigen Machthaber in Washington zu brandmarken, die als die vollendeten Repräsentanten des kapitalistischen Systems auf dem eigenen Kontinent das Recht der Schwächeren mit Füßen treten, während sie sich Europa gegenüber als Apostel des Friedens und der Abrüstung hinstellen.

Darauf schloß sich eine eingehende Aussprache an. Dr. Curtius hat in Aussicht genommen, am morgigen Abend über die Ergebnisse dieser Besprechung mit den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei zu verhandeln. Die Vertreter der Zentrumsfraktion nahmen in Aussicht, am heutigen Nachmittag die endgültige Stellungnahme der Fraktion der Zentrumsfraktion herbeizuführen.

Ergänzend wird hierzu aus Berlin noch berichtet: Die Zentrumsfraktion erstreckte in sehr langer Aussprache die innen- und außenpolitischen Bedenken, die das Zentrum gegen eine Regierungsbildung unter Dr. Curtius und, wie sich herausgestellt hat, s. T. gegen eine bürgerliche Mehrheitsregierung überhaupt hat. Die Verhandlungen waren erst um 5 Uhr abends beendet. Dr. Curtius erklärte die Bedenken des Zentrums sehr eingehend und schloß dann vor, daß er wünscht mit den Deutschnationalen über diese Bedenken verhandeln. Aus diesem Vorhaben löst sich schießen, daß der Außenminister Dr. Stresemann, der auf beloheneren Wunsch des Zentrums an dieser Besprechung teilnahm, die außenpolitischen Bedenken des Zentrums gegen eine Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung nicht geteilt hat.

Damit hat Dr. Curtius die Regierungsbildung noch in der Hand. Gelingt es ihm, die Deutschnationalen zu Formulierungen oder Erklärungen zu bringen, durch die die Bedenken des Zentrums zerstreut werden können, dann kann Dr. Curtius weiter verhandeln, wenn das Zentrum sich nicht grundsätzlich eine Verbindung mit den Deutschnationalen ablehnt. Da die Verhandlungen des Zentrums mit Dr. Curtius und Dr. Stresemann trotz der dreißigstündigen Dauer noch nicht zum Abschluß kamen, konnten die beiden Zentrumsführer ihrer Fraktion nur diese Zeitsache kurz berichten. Die Fraktion versagte sich daraufhin auf Freitag nachmittag.

Nach dem augenblicklichen Stand der politischen Lage wird Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius vielleicht heute abend nach der Fraktion der Zentrums des Reichspräsidenten seinen abschließenden Bericht erstatten.

Der Reichstagsrat des Reichstages ist zu heute (Freitag) nachmittag 4 Uhr zur Besprechung der politischen Lage einberufen worden. Gleichzeitig wird entschieden werden, ob die nächste Plenarsitzung, wie in Aussicht genommen, am Mittwoch, dem 19. Januar, stattfinden kann.

(Berlin, 14. Januar. Radiobüch.) Der Reichsminister Dr. Curtius empfing heute vormittag um 10 Uhr die Deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Graf Welzky und von Lindheim, die vor gestern abend in Aussicht genommenen Besprechung über die Bedenken, die ihm die Zentrumsfraktion in der Frage der Regierungsbildung übermittelt hat. Auch Dr. Stresemann nahm an dieser Zusammenkunft teil. Sie zog sich bis gegen mittig hin.

Brand wird interpelliert.

Aus Paris wird gemeldet: Auf eine schriftliche Anfrage des rechtschönen Abgeordneten Desjardins, ob Brand in Genf Verpflichtungen hinsichtlich der früheren Kämpfe und der Rheinlande eingegangen sei, antwortete Brand,



Ferdinand Buisson, sozialistischer Abgeordneter, der, wie gemeldet, gegen den Kandidaten des Nationalen Blocks, Maginnat, mit 104 Stimmen Mehrheit zum Präsidenten der Kammer gewählt wurde.

Der zweite Tag des Barmat-Prozesses.

(Berliner Bericht.) Am dritten zweiten Verhandlungstag des Barmat-Prozesses beantragte vor Eintritt in die Verhandlung die Verteidigung, Barmat Gelegenheit zu geben, sich über seine Vermögensverhältnisse noch einmal zusammenfassend zu äußern. Angeklagter Julius Barmat erklärte, er habe während eines Jahres amerikanischer Banknoten, wovon er sich aus einem kleinen Aktienportfolio von zwei Millionen Dollar beschafft habe. Der Rest habe unterteilt als wahr, daß Barmat 1920 ein Vermögen von rund neun Millionen Dollar gehabt habe. Der Angeklagte gibt eine Darstellung seiner Vermögensverhältnisse und erklärt wiederholt, er wolle hier alles vortragen, um der falschen Behauptung der Rechtsprelle entgegenzutreten, daß er als armer Schnorzer nach Deutschland gekommen sei, um hier Geld zu machen. Durch Verlesung weiterer Briefe sucht er nachzuweisen, daß auch die deutsche Stellen ihm wiederholt Erlaubnis hätten, nach Deutschland zu kommen. Das Gericht unterteilt als wahr, daß Barmat auf Wunsch verschiedener deutscher Persönlichkeiten und amtlicher Stellen Erlaubnis worden sei, nach Deutschland zu kommen.

Im weiteren Verlauf schildert Julius Barmat die Entwicklung seiner Geschäftsunternahmen. Seit im März 1924 er an den Krediten der Staatsbank selbst beteiligt gewesen, die ihm anstandslos bewilligt worden seien, nachdem Dr. Rühl und Dr. Hellwig mit der Verwaltung der Staatsbank Zustimmung hatten. Die Staatsbank hat dabei unterteilt, angenommen, daß er neuverordnete Verträge wieder weiter verleihe und daß die amerikanische Verträge wieder weiter verleihe war. Besonders günstige Bedingungen habe die Staatsbank ihm nicht bewilligt. Die Herren der Staatsbank hätten ihm besondere Vorteile nie angeboten, auch dann nicht, als er ihnen in der Fälligkeit Lebensmittelpflicht habe, welche sie durchaus bezahlen wollten. An Bedingungen habe er hierbei nicht gedacht. Wenn er Dr. Hellwig eine Stellung angeboten habe, so habe er auch nicht daran gedacht, dadurch günstigen Einfluß bei der Staatsbank zu erlangen.

Nach der Vernehmung Julius Barmats und des Geschäftsführers der „Americana“ K. A. K. K., welcher die Geschäfte der Barmat mit der Staatsbank führte, wurde der Angeklagte Finanzrat Dr. Hellwig über seine Beziehungen zu den Barmats vernommen. Der Angeklagte wies darauf hin, daß er am 1. März 1921 ohne bankrechtliche Verbindungen dem Zulassungsamt in die preussische Staatsbank gekommen sei und nach kurzer Unterweisung bald ein selbständiges Geschäft erhalten habe. Während eines Jahres habe Dr. Rühl habe er die Verhandlungen mit den Barmats allein zu führen gehabt, und da er die Barmats' Unternehmungen gut fundiert glaubte, sei er mit Julius Barmat zu einem freundschaftlichen Verhältnis gekommen. Im Juni habe er erkannt, daß Julius Barmat nicht nur schuldig, sondern allem ein unberuflicher Optimist sei. Dr. Hellwig betonte, daß die Staatsbank eine der letzten Banken gewesen sei, die selbst in der Inflationszeit noch Kredite zu normalen Bedingungen gegeben habe. Dabei seien die fälligen Gelder der Bank so dahinschwunden, daß sie im November 1923 der „Americana“ den Kredit nahezu rückgängig machte. Dr. Hellwig begründet sein Vertrauen zu den Barmats damit, daß über die Empfehlungen vorlagen seitens des Reichsfinanzlers D. Bauer und des Geheimen Hofbauers.

Ueber die Goldmarkkredite befragt, erklärte Dr. Hellwig, daß für sie die drei Aktiennotate als dauernde Deckung gegeben worden seien. Bei ihrer Bewertung seien ihm allerdings heute unmerkliche Fehler unterlaufen. Dr. Hellwig gab unumwunden zu, daß er unter Barmats Einfluß die Zulassungsamt der Papiermark mahlos überschätzt habe, doch unterschätzte er sie damit, daß er selbst noch unter dem Einfluß der Papiermarksummen geblieben habe.

Die Verhandlungen wurden darauf auf Freitag vertagt.

Sozialdemokratie und Ministerpensionen.

Im Haushaltsausfluß des Reichstages wurde auf sozialdemokratischen Antrag ein Paragraph in das Haushaltsgesetz eingefügt, der vorschreibt, daß den Besoldungsgruppen I bis XII mit geeigneten, insbesondere vorgeordneten Wartestandesbeamten beehrt werden. Vom § 6 bleibt also nur noch die Bestimmung bestehen, daß bei den Reichsministern, mit Ausnahme der Reichsminister in Gruppe XI und Reichsminister um, Anstellungen in Gruppe VIII nicht wieder beehrt werden dürfen.

Angenommen wurde auch der § 7, wonach die Einstellung von Beamten und Beamtenwärtern in den Reichsdienst der vorherigen Zustimmung des Reichsministers der Finanzen bedarf. Zu honorarischen und Schwerbeschädigten, sowie von dem Abbau betroffenen Beamten.

Anschließend der Beratung des Etats für Verlorung und Ruhegehälter beantragte Abg. Kohnmann (Soz.) Zurückstellung der Abstimmungen bezüglich der Staatskapitel über Ruhegehälter für Beamte und über Verordnungsbeschäftigte für frühere Angehörige der Wehrmacht. Kohnmann wies darauf hin, daß sich langsam eine Verbesserung der Verordnungsbeschäftigten der Kriegsbefähigten und Hinterbliebenen beschließen lie, wozu nur eine verantwortliche Regierung Stellung nehmen könne. Die Abstimmungen dem mit 12 neuen 11 Stimmen beschließen. Die Kommunisten beantragten die Streichung der Besoldung von 104 Reichsministern und Staatsverordneten und die Wöhlischen polenminister isten gegen die Besoldungen der parlamentarischen Minister. Abg. Hermann Müller-Branten (Soz.) konnte aber darauf hinweisen, daß die sozialdemokratische Fraktion im Haushaltsausfluß der Nationalversammlung den Einbruch der Reichsminister und Staatsverordneten und die Wöhlischen polenminister isten gegen die Besoldungen der parlamentarischen Minister. Abg. Hermann Müller-Branten (Soz.) konnte aber darauf hinweisen, daß die sozialdemokratische Fraktion im Haushaltsausfluß der Nationalversammlung den Einbruch der Reichsminister und Staatsverordneten und die Wöhlischen polenminister isten gegen die Besoldungen der parlamentarischen Minister.

„Mütterlicherseits läßt sich verpöppeln“

Aus Wien wird berichtet: In der nationalsozialistischen Arbeiterpartei hat sich ein offener Konflikt entfaltet. Eine große Anzahl Parteimitglieder der Nationalsozialisten, die sehr frühzeitig der Partei beigetreten sind, haben sich gegen die bisherige Führung der Partei, dem nun nachsteht, daß er Rubens' Abstammung sei, Stellung genommen und mit großer Mehrheit beschlossen, den aus der nationalsozialistischen Partei auszuschließen, da es erziele, daß er nicht wieder Aufnahme in die Partei erhalte. Die Nationalsozialisten sind in der nächsten Zukunft einen neuen nationalsozialistischen Bund aufzubauen, wobei es mit der Parteieinheit nicht so genau genommen wird.

Sozialdemokratische Forderungen im preussischen Landtag. Der Hauptantrag des preussischen Landtages für ein Mittelgesetz die allgemeine Ausprägung über die Wohlfahrtspflege zu Ende.

Angenommen wurden u. a. Anträge der Sozialdemokraten im Antritte der Krippenfrage, zur Förderung der Veranlassungen für die Inkontinenz-Jugend und auf Gleichberechtigung der Frauen. Zur Unterbrechung des Beschlusses wurden 85 000 Mark bereitgestellt. Der Antrag des Beamtenausflußes auf laufende Erhöhung der Zulage auf die Grundgehälter, Verdoppelung des Frauenzulages und Erhöhung des Kinderzulages um 50 Prozent wurde vom Hauptausfluß abgelehnt. Eine sozialdemokratische Entschließung, des Staatsministeriums wurde sich in Verbindung mit der Reichsregierung des entbaltigen Finanzausgleichs bei dem Reich für solche Revision des Besoldungszeichens einsehen, wurde angenommen. Im Zusammenhang mit der Wohnungsfrage sind von der sozialdemokratischen Fraktion dem Hauptausfluß zwei Anträge vorgelegt worden. Der eine fordert, daß künftig alle isolierten Arbeiterwohnungen für die im Reich des Reichsarbeitsministeriums zuständig ist, im Wohlfahrtsministerium bearbeitet werden. Der andere erludt dem Staatsministerium, die Verordnung vom 11. November 1926 über die Kodierung des Wierichsches juristisch auszuweisen. Für den Fall, daß das nicht geschieht, soll mindestens ein Infinitiv der Verordnung auf den 1. Oktober zurückzuführen und auszuheben, wobei es nicht für die Mieter der bildenden Künstler sowie für die Labenträume eine andere Regelung angebracht ist.

Schaffi Holland sich ein politisches Birtien?

(Amsterdam, 14. Januar. Radiobien.) Die holländische Regierung plant, ein bestimmtes Gebiet auf Neu-Guinea als Unterstaatsfläche für politische Zwecke herzurichten. Es ist eine weite Straße Landes vorzulegen, wobei von Holz und Zerschnitten herbeigeführt wird, eine Übersichtliche Bemessung der Gefasenen ermöglicht. Die Unterbringung soll in Gruppen von 10 bis 15 Mann erfolgen. In Anbetracht der klimatischen Verhältnisse im Diquelbiet untersteht sich die Stroverbauung in die Kolonie nicht nennenswert von einem jüdischen Siedlung mit Lebenserfolg.

Der Kriegselokentat von dem Haushaltsausfluß. Im Haushaltsausfluß des Reichstages wurden 16 Millionen Mark für einmalige Beihilfen an Waisen- und Wundheilfabriken bewilligt, welche auf Grund des Verfallens ihres Betriebes umfallen müssen. Der Staatsplan, der für das nächste Jahr 14 Milliarden Reparationsausgaben vorsieht, wurde angenommen.

Polnische Schiffbestellungen in Hamburg. Die polnische Reederei Wloa Baltik hat mehrere neue Schiffe in Hamburg bestellt. Es handelt sich um sieben Seefischdampfer und 13 Leichtere mit je 400 bis 500 Tonnen Gehalt.

Parlamentarische Gottesdienste. Der Reichsausschuß des preussischen Landtages beriet über den Zentrumstrag, auf die Reichsregierung einzurücken, eine Änderung des Reichsprellgesetzes dahin vorzunehmen, daß eine sofortige Verhängung durch die Polizei bei Verstoßen gegen den Gottesdienst in § 29 Paragraphen, insbesondere durch bildliche Darstellungen erfolgen kann. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Zentrums angenommen. Dagegen waren Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die deutschen Einheiten in den Vereinigten Staaten. Nach einer Veröffentlichung des amerikanischen Handelsdepartements stellt sich die Summe der Einheiten, die von deutscher öffentlicher Hand in den Jahren 1925 und 1926 aufgenommen worden sind, auf 557,1 Millionen Dollar, gleich 2335,5 Millionen Mark.

Zeigenossen in der Rarität.



Wenn Laubet, Sohn des niederländischen Schriftstellers Alphonse Laubet und Direktor der Aktion française, des Organes der französischen sozialistischen Partei, das jetzt vom Vapst auf den Index gesetzt wurde. Zwischen dem Kaiser und den französischen Kommunisten bestand schon seit Wochen ein solcher Konflikt, der sich in den letzten Tagen weiter zuspitzte hat.

Der richtige und der falsche Gatte.

Ein polnisch-amerikanischer Roman. aus Straj die Wahrheit, ihr Mann sei dort in geistiger Ermüdung gestorben.

Die weiteren Nachforschungen der Frau ergaben ein ganz merkwürdiges Resultat. So stellte sich heraus, daß sie nicht mit dem Mann verheiratet gewesen war. Nur lebt tatsächlich in Amerika und ist jetzt seiner Waise nie mehr nach Europa zurückgekehrt. Diese Tatsachen wurden dem Wiener Rabbiner, der die Trauung vorgenommen hatte, von seinem Kollegen in Straj mitgeteilt.

Der Vertreter der getauhten Gattin, Dr. Benno Roth, teilte nun ein Versehen auf Unvollständigkeit der Ehe ein. Auf Grund der Dokumente ergab sich nämlich die groteske Situation, daß die Frau des in Amerika weilenden Bruders war, in Wirklichkeit aber die Witwe des in Polen Verstorbenen. Nachforschungen in Polen und Rußland ergaben, daß Samuel Waldmann die Dokumente seines Bruders entwendet hatte, um vor Verlorenungen wegen seiner Flucht aus der polnischen Armee fliehen zu sein. Der wirkliche Witwe Waldmann ist in Amerika selbst verheiratet und hat keine Wiener Frau zu geben. Die Eltern liebten die Aufführung des Rollen ähner Zeit zu verhindern, um nicht selbst in die Desertionsaffaire ihrer Sohnes hineingezogen zu werden. Das Familiengericht in Wien hat nun die Ehe für ungültig erklärt, da bei der Entscheidung ein Irrtum in der Person des Ehegatten vorlag.



Ein Münchener Ingenieur hat dem Gemeinderat von Honau einen Plan für den Bau einer Verkehrsbahn von Honau an den Richtenleim (im Bilde) unterbreitet. Der Gemeinderat ist bereit, das Projekt mit unentgeltlicher Überlassung des Geländes zu unterstützen, falls die für den Bau der Bahn erforderlichen Mittel von anderer Seite beschafft werden können.

Die Zeit zur Einreichung der Umkleerklärungen. Der Reichsfinanzminister hat die Präsidenten der Landesfinanzämter ermächtigt, die Zeit für die Einreichung der Einkommen-, Körperschafts- und Umkleerklärungen über den 31. Januar 1927 hinaus zu verlängern. Danach kommen in den häufigsten Bezirken für die Abgabe der Steuerklärungen der 15. bis 28. Februar und für die ländlichen Bezirke der 1. bis 15. März 1927 in Betracht.

Gegen die Ausbeutung der Lehrlinge. Die Schwestern über die Ausbeutung der Lehrlinge nehmen von Tag zu Tag zu; sie bilden bereits eine ständige Kadrie in der Gewerkschaftspresse. In der letzten Zeit haben nun auch die Schwestern aus Elternkreisen über die Verarmung der Lehrlinge und die Mittelbetriebe des Handwerks, unter der theoretischen Ausbildung, Gesundheitszustand und Gesamtleistungs-fähigkeit der jugendlichen Arbeitstätigen, einen auflaufenden Umfang angenommen. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe teilt nun auf eine Anfrage sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter mit, daß die ihm nachstehenden Beschlüsse wiederholt, zuletzt durch Rubens vom 11. Dezember 1926, angewiesen wurden, für genaue Durchführung der Arbeitszeitvorschriften und Vermeidung entbehrlicher Leberarbeit in allen gewerblichen Betrieben, also auch in den kleinen und Mittelbetrieben des Handwerks, Sorge zu tragen.

Was Dresden wird gemeldet, daß der holländische Ministerpräsident den bisherigen Finanzminister Dr. Dehm zum Minister des Innern und Justizministeren Ministerpräsidenten, den Landtagsabgeordneten Weber zum Finanzminister und den Landtagsabgeordneten Dr. Wilhelm zum Wirtschaftsminister ernannt hat sowie die Minister Rünger, Eloner und Dr. Raier in ihren bisherigen Ämtern bestätigt.

Wie nachträglich festgestellt wurde, hatte der letzte Kronprinzenlohn in das Güterbuch des Hotels, in dem er in Weimar wohnte, hinter seinem Namen „Wilhelm A. Krusen“ noch geschrieben: „Zerubaisch zu Kerszen“, in „malis“.

Der Schullehrer „Eben“ ist in Kaptali ein getroffen. Im Verlauf der Urkunden in Wehismatra sind bis jetzt 100 Personen verhaftet worden. Die Führer der Nationalisten sind zum größten Teil getötet oder gefangen genommen worden.

Zwanzig Verloren in Sizilien erloschen. In verschiedenen Bezirken Siziliens betrifft eine Ralte von 85 Grad Fahrenheit unter Null.

Die Witwe mit dem Trauring. Eine Witwe aus Gelsen hat vor nahezu zwanzig Jahren beim Arbeiten auf einem Wärende ihre Trauring verloren. Seitdem suchte sie nach dem verlorenen Gut nur erfolglos geblieben. In diesen Tagen nun fand die Tochter, als sie zum Hauszugang Wärend aus der Grabstätte, den Ring, der in einer Wärende leihweise war, wieder vor.

Drehtafel Schulunterricht in Holland. Das niederländische Unterrichtsministerium hat die Einrichtung von drehtafel Unterrichtsstunden für die Kinder von Seelenen angedeutet. Damit soll diesen Kindern, die sich das ganze Jahr über auf den Schiffen und Köhnen ihrer Eltern befinden, die Möglichkeit eines Unterrichts gegeben werden.

Der Vertreter der getauhten Gattin, Dr. Benno Roth, teilte nun ein Versehen auf Unvollständigkeit der Ehe ein. Auf Grund der Dokumente ergab sich nämlich die groteske Situation, daß die Frau des in Amerika weilenden Bruders war, in Wirklichkeit aber die Witwe des in Polen Verstorbenen. Nachforschungen in Polen und Rußland ergaben, daß Samuel Waldmann die Dokumente seines Bruders entwendet hatte, um vor Verlorenungen wegen seiner Flucht aus der polnischen Armee fliehen zu sein. Der wirkliche Witwe Waldmann ist in Amerika selbst verheiratet und hat keine Wiener Frau zu geben. Die Eltern liebten die Aufführung des Rollen ähner Zeit zu verhindern, um nicht selbst in die Desertionsaffaire ihrer Sohnes hineingezogen zu werden. Das Familiengericht in Wien hat nun die Ehe für ungültig erklärt, da bei der Entscheidung ein Irrtum in der Person des Ehegatten vorlag.

